



## GUTE PFLEGE IST EIN MENSCHENRECHT

Ausgabe 02 - 2014  
Berlin, Mai 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Ausgabe des Newsletters vom Bündnis für gute Pflege finden Sie wieder viele Informationen rund um die Aktivitäten des Bündnisses sowie seiner Mitglieder und Unterstützer.

Am 1. April 2014 hat sich das Bündnis für gute Pflege mit einem Warnruf an die Bundesregierung gerichtet. „Wir appellieren an den Gesetzgeber, die Einführung des dringend notwendigen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs noch in diesem Jahr verbindlich zu starten“, heißt es in einem [Appell](#) an Bundesgesundheitsminister Gröhe, den 23 große Verbände sowie weitere Unterstützer unterzeichnet haben.

Die Unterzeichner üben scharfe Kritik an dem von der Koalition vereinbarten Zeitplan für die Überarbeitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffes: „Der von der Bundesregierung angekündigte Zeitplan sowie die angekündigten Elemente einer Pflegereform lassen befürchten, dass die Bundesregierung die Neudefinition der Pflegebedürftigkeit weiter aufschieben will.“

Seine Forderung nach sofortiger Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs vertiefte das Bündnis für gute Pflege am 2.4.2014 im Rahmen seiner Veranstaltung zum Thema „100 Tage nach der Wahl – Zeit für den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff!“.

Lesen Sie hierzu und zu vielen anderen Themen, wie bspw. "20 Jahre Pflegeversicherung", die Beiträge im Newsletter.

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Lektüre!

Wenn Sie Fragen zum Bündnis für gute Pflege oder Anregungen haben, dann schreiben Sie uns eine [E-Mail](#).

Ihr Team vom Bündnis für gute Pflege

**Bündnis für gute Pflege - Infodienst**

[1. Aktuelles vom Bündnis für gute Pflege](#)

### [1.1 Das Bündnis für gute Pflege fordert die neue Bundesregierung zum Handeln auf](#)

### [1.2 Appell des Bündnisses für gute Pflege: Neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff jetzt!](#)

## [II. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege](#)

### [2.1 Diakonie und DEVAP: Hohe Beteiligung am Aktionstag „Rettungspaket Altenpflege“](#)

### [2.2 wir pflegen: Neuer Vorstand bei wir pflegen e.V. und Orientierung nach Berlin beschlossen](#)

### [2.3 wir pflegen: Diskussionspapier "Mehr Wert-Schätzung"](#)

### [2.4 DBfK: Pflegende – zentrale Ressource im Gesundheitswesen](#)

### [2.5 DBfK: In Gesundheit investieren! Europäische Pflegeberufsverbände stellen Forderungen an Europapolitik](#)

### [2.6 AWO: Erstmals sind Informationen zur Pflege in Leichter Sprache erhältlich](#)

### [2.7 SoVD: Pflegebedürftige brauchen umfassende Beratung und Unterstützung](#)

### [2.8 ver.di fordert nachhaltige Pflegereform: Statt Vorsorgefonds besser in Altenpflegeausbildung investieren](#)

### [2.9 AWO: 20 Jahre Pflegeversicherung: Viel zu tun](#)

### [2.10 AWO Pflege-SH und SoVD-SH zur Einführung der Pflegeversicherung vor 20 Jahren](#)

### [2.11 Diakonie: Einführung der Pflegeversicherung vor 20 Jahren hat Altenpflege einen Entwicklungsschub gegeben](#)

### [2.12 Volkssolidarität: Bessere und einheitliche Ausbildung in der Pflege notwendig](#)

## [III. Veranstaltungen und Termine](#)

### [3.1 Anfeuern beim Bundestagslauf: Auch das Bündnis für gute Pflege nimmt teil am 25. Juni 2014!](#)

### [3.2 SoVD veranstaltet am 28. Juni 2014 auf dem Tempelhofer Feld den Inklusionslauf 2014.](#)

## ***I. Aktuelles vom Bündnis für gute Pflege***

[nach oben](#) ↑

### **1.1 Das Bündnis für gute Pflege fordert die neue Bundesregierung zum Handeln auf**

[nach oben](#) ↑

Das „Bündnis für gute Pflege“ hatte am 2. April 2014 nach Berlin eingeladen, um unter dem Motto „100 Tage nach der Wahl - Zeit für den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff“ die überfälligen Schritte in der Pflegepolitik zu diskutieren. Fast 200 Teilnehmer folgten der Einladung.

„Seit seiner Gründung vor zwei Jahren kann das ‚Bündnis für gute Pflege‘ auf eine Erfolgsgeschichte zurückblicken“, betonte Brigitte Döcker, Vorstandsmitglied der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. (AWO). Sie begrüßte gemeinsam mit Sylvia Bühler, vom Vorstand der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) die Teilnehmer. „Das Besondere an diesem Zusammenschluss ist seine Vielfalt“, so Brigitte Döcker.

„Bundesweit fordern rund 30 aktive Organisationen und regionale Unterstützer, darunter Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Interessensvertretungen, gemeinsam Perspektiven für eine bessere Pflege in Deutschland.“ Und das gehe nicht ohne einen neuen

Pflegebedürftigkeitsbegriff betonte Bühler: „Die Minutenpflege muss abgeschafft werden. Sie hat sich nicht bewährt.“ Der Mensch mit seinen vorhandenen Fähigkeiten müsse im Mittelpunkt stehen.

Dass die Forderungen des Bündnisses auch bei der Politik angekommen sind, machte die prominente Gästeliste deutlich: Neben dem Pflegebeauftragten der Bundesregierung, Staatssekretär Karl-Josef Laumann, waren pflegepolitische Sprecher aller Bundestagsfraktionen unter den Gästen. Darunter Mechthild Rawert für die SPD, Erwin Rüdell für die CDU, Elisabeth Scharfenberg für Bündnis 90/ Die Grünen und Pia Zimmermann für Die Linke.


Staatssekretär Karl-Josef Laumann sprach sich in seiner Rede „ohne Wenn und Aber“ für die Umsetzung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs in zwei Stufen aus. „Ab 2015 soll für Menschen mit Demenz eine Dynamisierung der Leistungen bezogen auf die häusliche und stationäre Pflege und Betreuung erfolgen. Im zweiten Schritt soll 2017 der Pflegebedürftigkeitsbegriff umgesetzt werden. Die Einführung und Umsetzung braucht jedoch Zeit. Sofort und jetzt geht nicht“, sagte Laumann. Außerdem sprach er sich für die gebührenfreie Altenpflegeausbildung und die Einführung einer generalistischen Ausbildung und somit für die gemeinsame Grundausbildung aller Pflegeberufe aus.

Nach jeweils eindrücklichen Filmausschnitten zum Thema Pflege in Deutschland machten Vertreter des Bündnisses in Gesprächsrunden deutlich, welche dringenden Probleme in der Pflege aus Sicht der Pflegebedürftigen, pflegenden Angehörigen und Beschäftigten in der Pflege vorhanden sind. Hierbei wurde veranschaulicht, dass die Versorgung und Betreuung demenzkranker Menschen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Ebenso, dass die Entbürokratisierung weiter voran getrieben werden und mehr Unterstützung und Entlastungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige etabliert werden müssten und professionell Pflegenden bessere Rahmenbedingungen, wie attraktivere Bezahlung und Gesundheitsförderung, benötigten.

Zum Abschluss der Veranstaltung gab es eine spannende Diskussion aller politischen Vertreter und Vertreterinnen mit zahlreichen, häufig auch kritischen Nachfragen aus dem Publikum. Dabei ging es neben der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs auch um die Leistungsdynamisierung und Unterstützungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige sowie um bessere Bezahlung für Beschäftigte in der Pflege. Die Politiker und Politikerinnen waren sich einig, dass der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff zeitnah umgesetzt werden muss. Was die unterschiedlichen Parteien dabei jedoch unter „zeitnah“ verstehen wurde heftig diskutiert. Ob und wie eine private Vorsorge für die Pflege im Alter sinnvoll sei, wurde ebenso wie die Einführung der Pflegevollversicherung debattiert. „Pflege kann nicht nur vom Geldbeutel abhängen“, betonte Pia Zimmermann zur Einführung des „Pflege-Bahr“. „Wir brauchen eine solidarische Bürgerversicherung.“ Auch Elisabeth Scharfenberg setzte sich für die Einführung der Bürgerversicherung als zukünftiges Modell ein und übte Kritik an der Idee eines Vorsorgefonds. „Ein Vorsorgefonds hält nicht, was er verspricht. Prof. Rothgang vom Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen hatte dies in einem Gutachten für die Grünen zur Einführung einer Demografie-Reserve analysiert. Der Vorschlag ist analog zum Vorsorgefonds zu betrachten. Das Geld wird heute in der Pflege gebraucht“, so Scharfenberg.

Einigkeit herrschte am Ende der Diskussion zumindest darüber, dass die bisherigen Entlastungsangebote für pflegende Angehörige nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein können und weitere Angebote folgen müssen. Das „Bündnis für gute Pflege“ will der Politik weiter auf die Finger schauen. Es hat sich gezeigt, dass nur mit Unterstützung und Druck von Organisationen und Verbänden sich in der Pflegepolitik etwas bewegt.

## 1.2 Appell des Bündnisses für gute Pflege: Neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff jetzt!

[nach oben](#) 

Berlin, 1. April 2014. Das Bündnis für gute Pflege richtet sich mit einem Warnruf an die Bundesregierung. „Wir appellieren an den Gesetzgeber, die Einführung des dringend notwendigen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs noch in diesem Jahr verbindlich zu starten“,

heißt es in einem Appell an Bundesgesundheitsminister Gröhe, den 23 große Verbände sowie weitere Unterstützer unterzeichnet haben. [Hier geht's zum Appell](#)

Die Unterzeichner üben scharfe Kritik an dem von der Koalition vereinbarten Zeitplan für die Überarbeitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffes: „Der von der Bundesregierung angekündigte Zeitplan sowie die angekündigten Elemente einer Pflegereform lassen befürchten, dass die Bundesregierung die Neudefinition der Pflegebedürftigkeit weiter aufschieben will.“ Seine Forderung nach sofortiger Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs vertieft das Bündnis für gute Pflege am 2.4.2014 im Rahmen seiner Veranstaltung zum Thema „100 Tage nach der Wahl – Zeit für den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff!“.

Die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs als zentrales Element einer umfassenden Pflegereform wird auch in einer Petition gefordert, die von den Bündnismitgliedern Sozialverband VdK Deutschland und Deutsche Alzheimer Gesellschaft initiiert wurde. [Weitere Informationen zur Petition.](#)

Das Bündnis für gute Pflege wurde 2012 in Berlin von Selbsthilfeorganisationen, Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden gegründet. Die im Bündnis engagierten Verbände und Organisationen vertreten über 13,6 Millionen Mitglieder, rund 16.500 Pflegeeinrichtungen und -dienste, in denen täglich 550.000 Menschen betreut werden und 400.000 Beschäftigte tätig sind.

## ***II. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege***

[nach oben](#) ↑

### **2.1 Diakonie und DEVAP: Hohe Beteiligung am Aktionstag „Rettungspaket Altenpflege“**

[nach oben](#) ↑

Berlin, den 14.05.2014

#### **Hohe Beteiligung am Aktionstag „Rettungspaket Altenpflege“ DEVAP und Diakonie übergeben erstes Paket**

Bundesweit sind diakonische Pflegeeinrichtungen, Dienste, Landesverbände und Altenpflegesschulen am Aktionstag Altenpflege auf die Straße gegangen, um auf die kritische Situation in der Pflege hinzuweisen. „Wie dringend die Altenhilfe ein Rettungspaket braucht, zeigt die überwältigende Beteiligung am Aktionstag. Wir leisten tagtäglich gute Arbeit, aber stehen unter großem Druck. Damit wir Bewohner und Patienten auch weiterhin gut betreuen können, brauchen wir nachhaltig bessere Rahmenbedingungen. Diese Botschaft hat die diakonische Altenhilfe mit vielfältigen Aktionen überall in Deutschland in die Gesellschaft getragen“, erklärt dazu die Vorsitzende des Deutschen Evangelischen Verbands für Altenarbeit und Pflege (DEVAP) Renate Gamp.

Im Rahmen des Aktionstags wurden tausende symbolische Rettungspakete mit persönlichen Forderungen von Mitarbeitenden, Betroffenen und Angehörigen gepackt und an Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe geschickt. In Berlin übergaben Diakonie-Präsident Johannes Stockmeier und die DEVAP-Vorsitzende das erste Rettungspaket an den Bundesgesundheitsminister.

„Die Politik hat erkannt, dass etwas passieren muss und bewegt sich – aber noch nicht genug. Wir setzen uns für eine wirklich grundlegende Reform ein, die vor allem stabil zu finanzieren ist. Dafür muss sich noch einiges mehr bewegen“, erklärt Renate Gamp weiter. Für dieses Ziel haben alle Aktiven des Aktionstages durch ihren persönlichen Einsatz einen wichtigen Beitrag geleistet.“

Wer erfahren möchte, was am Aktionstag alles passiert ist, bekommt hier einen beeindruckenden ersten Überblick: <https://www.facebook.com/diakonie>

Kontakt: Imme Lanz, Geschäftsführerin, Telefon 030 83001-277  
E-Mail: [lanz@devap.de](mailto:lanz@devap.de)

## 2.2 wir pflegen: Neuer Vorstand bei wir pflegen e.V. und Orientierung nach Berlin beschlossen

[nach oben](#) ↑

### 09.05.2014 - Neuer Vorstand bei wir pflegen e.V. und Orientierung nach Berlin beschlossen

Als David unter den Goliaths der Bündnispartner wird sich der Verein wir pflegen neu aufstellen, um die wachsenden Herausforderungen besser meistern zu können, mit denen er sich als bundesweite Interessenvertretung des „größten Pflegedienstes“ der Nation konfrontiert sieht.

Die Mitgliederversammlung von wir pflegen wählte im April 2014 in Münster einen neuen fünfköpfigen Vorstand mit mehrheitlich pflegenden Angehörigen und beschloss die Verlegung der Geschäftsstelle von Hamburg nach Berlin anzustreben. Der gemeinnützige Verein wir pflegen bleibt weiterhin rein ehrenamtlich tätig, hat sich aber seit 2008 zu einer meinungsstarken und von Politik und Gesellschaft akzeptierten Interessenvertretung für pflegende Angehörige entwickelt: Immer öfter sind Mitglieder gefragt als Experten auf Tagungen und Kongressen, für Presse und TV-Sendungen. Der Verein ist effektiv vernetzt über soziale Netzwerke und verschafft pflegenden Angehörigen Gehör, wenn es um ihre Belange, Bedürfnisse und Lebensumstände geht.

Mit vielfältigen Schwerpunktthemen und pflegepolitischen Fragen und konkreten Projekten wie z.B. Toyac für junge erwachsene Pflegende, InnovAGE mit dem Online-Projekt für pflegende Angehörige oder Initiative Armut durch Pflege mit dem aktuellen Diskussionspapier WERT-Schätzung sind auch die Anforderungen an die Vereinsstruktur gewachsen. Deshalb werden nun wesentliche organisatorische Grundlagen für weitere strategische Schritte geschaffen, zu denen der Verein auch die Hilfe von Bündnispartnern begrüßt. „Die Entwicklung des Bündnis für Gute Pflege ist historisch und politisch ein wichtiger Schritt für eine Pflegewende in Deutschland“, meint Heinz Heck für den Vorstand des Vereins. „Gemeinsam sind wir stark und wir freuen uns über neue Kooperationsmöglichkeiten zur weiteren Stärkung des Vereins und der Wert-Schätzung von pflegenden Angehörigen.“

Dr. Hanneli Döhner, langjährige Vorstandsvorsitzende des Vereins, die die Gründung einer Interessenvertretung für pflegende Angehörige in Deutschland maßgeblich betrieben hat, legt nun die Vorstandsarbeit in andere Hände und beendet auch ihr Engagement im Bündnis für Gute Pflege. Sebastian Fischer wird Ansprechpartner für die Bündnispartner bleiben. Umso mehr aber freuen wir uns, dass sie sich weiterhin mit ihren Erfahrungen und als Botschafterin für pflegende Angehörige in den verschiedenen Schwerpunktthemen von wir pflegen engagieren will.

Für weitere Fragen wenden Sie sich bitte an Marion Seigel, Ressort Öffentlichkeitsarbeit im Vorstand von wir pflegen e.V. [seigel@wir-pflegen.net](mailto:seigel@wir-pflegen.net), Tel. 04101/515922

## 2.3 wir pflegen: Diskussionspapier "Mehr Wert-Schätzung"

[nach oben](#) ↑

Die Initiative Armut durch Pflege, entstanden aus einer wir pflegen-Arbeitsgruppe, hatte interessierte pflegende Angehörige zu Netzwerktreffen zum Thema "Wir machen Politik" eingeladen.

Aus ihrer eigenen Betroffenheit heraus entwickelten die Teilnehmer ein Diskussionspapier, das die aktuelle Debatte um die Pflegereform um einen wichtigen Aspekt erweitern soll: Die Rechte von pflegenden Angehörigen müssen gestärkt werden.

wir pflegen e.V. unterstützt die Bemühungen dieser engagierten pflegenden Angehörigen, die zu Recht das derzeitige Pflegesystem für unzureichend und ungerecht halten. Es ist aufgrund der demographischen Entwicklungen auf Dauer nicht tragbar, denn es wird bereits jetzt weder den Pflegebedürftigen noch den pflegenden Angehörigen (informell Pflegenden) oder den beruflich Pflegenden gerecht.

Nicht eine weitere Pflegereform für das derzeit gültige Pflegeversicherungssystem ist notwendig, sondern allein eine konsequente Pflegewende, also eine grundsätzliche Neuorientierung. Sie wird erst durch ein solidarisches, paritätisches und dynamisches System erreicht, in dem auch informell Pflegende als gleichberechtigte Pflegepartner einbezogen werden.

Das Diskussionspapier finden Sie [hier](#).

## 2.4 DBfK: Pflegende – zentrale Ressource im Gesundheitswesen

[nach oben](#) ↑

### Pflegende – zentrale Ressource im Gesundheitswesen

Berlin, 07. Mai 2014

Anlässlich des Internationalen Tags der Pflegenden am 12. Mai weist der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) auf die zentrale Bedeutung der Ressource Pflegefachpersonal hin. „Wie wichtig die professionelle Pflege für das deutsche Gesundheitswesen ist, zeigt sich jetzt in Zeiten des Mangels immer deutlicher. Pflege ist unverzichtbar für Gesundheit und Wohlbefinden der Bevölkerung. Wenn wir es nicht schaffen, die Tätigkeit in einem Pflegeberuf so zu gestalten, dass sich junge Menschen dafür entscheiden und die bereits Ausgebildeten lange und motiviert im Beruf bleiben, werden Gesundheitsreformbemühungen verpuffen“, sagt dazu DBfK-Präsidentin Prof. Christel Bienstein. „Beruflich Pflegende sind die größte Gruppe der im Gesundheitssystem Beschäftigten. Sie haben den unmittelbarsten Kontakt zu den Menschen, die Hilfe brauchen. Oft sind sie die einzigen Ansprechpartner, wenn Unterstützung erforderlich wird. Pflegefachpersonen tragen deshalb eine große Verantwortung, ihre wichtige Rolle verdient gute Arbeitsbedingungen, Respekt und Wertschätzung.“

Der International Council of Nurses, ICN (ein Zusammenschluss von mehr als 130 nationalen Pflegeberufsverbänden) hat das Motto des Tags der Pflegenden 2014 darauf ausgerichtet: Nurses: A force for change – A vital resource for health (Pflegefachpersonen: eine Kraft für den Wandel – unverzichtbar für die Gesundheit). Im begleitenden Handbuch wird aufgezeigt, dass gute und verlässliche Gesundheitsversorgung nur mit einer angemessenen Zahl gut ausgebildeter Pflegefachpersonen zu erreichen ist. Darüber hinaus haben Personalplanung, Aspekte der Patientensicherheit, Abbau von Arbeitsbelastung und ein förderndes Arbeitsumfeld hohe Bedeutung für das Fachkräftepotenzial in der Pflege.

Das Handbuch als Download finden Sie [hier](#).

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)  
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin  
Tel.: 030-2191570  
Fax: 030-21915777  
dbfk@dbfk.de  
www.dbfk.de

## 2.5 DBfK: In Gesundheit investieren! Europäische Pflegeberufsverbände stellen Forderungen an Europapolitik

[nach oben](#) ↑

## **In Gesundheit investieren! Europäische Pflegeberufsverbände stellen Forderungen an Europapolitik**

Berlin, 02. Mai 2014

Der Europäische Pflegeberufsverband EFN (European Federation of Nurses Associations, darunter auch der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe DBfK) vertritt 6 Millionen Pflegefachpersonen in Europa – ein hohes Wählerpotenzial für die Europawahl am 25. Mai. Nicht nur aus diesem Grund müssen Gesundheits- und Pflegeversorgung der Bürger Europas eine wichtige Rolle spielen in der Europapolitik. Die demographische Entwicklung der Bevölkerung und damit verknüpfte Herausforderungen an die Sicherstellung einer guten Gesundheitsversorgung stellen alle Länder gleichermaßen vor zunehmende Probleme. Eine kürzlich veröffentlichte internationale Studie von Pflegewissenschaftlerin Linda Aiken hat erneut bewiesen, dass sich Investitionen in eine bedarfsgerechte Anzahl und Qualifizierung von Pflegefachpersonal schnell auszahlen. Denn sie reduzieren Mortalität und verbessern die Qualität der Versorgung für die Bevölkerung. In der kommenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments von 2014 bis 2019 kommt es deshalb darauf an, dass in Brüssel diese Evidenz in politische Realität in den einzelnen Mitgliedsstaaten und innerhalb der EU umgesetzt wird.

Aus diesem Grund haben die europäischen Pflegeberufsverbände anlässlich der Europawahl gemeinsam gesundheitspolitische Forderungen aufgestellt und in einem Positionspapier zusammengefasst. Sie appellieren darin an die Kommission, das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union,

- in die Bildung von Pflegefachpersonal zu investieren,
- sichere Arbeitsbedingungen in der Pflege zu fördern,
- bessere Zugangsmöglichkeiten für Gesundheitsversorgung zu schaffen,
- einen grundsätzlichen Wandel in den Gesundheitssystemen zu fördern,
- die Entwicklung einer nachhaltigen Pflegefachpersonal-Strategie mit bedarfsgerechter Umsetzung sicherzustellen,
- Bürger und Patienten zu besseren Ergebnissen in der Gesundheitsversorgung zu befähigen, sowie
- Exzellenz-Netzwerke für Forschung und Wissen zur Evaluation der Veränderungen zu fördern.

Das ausführliche Positionspapier steht als Download [hier](#) bereit.

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)  
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin  
Tel.: 030-2191570  
Fax: 030-21915777  
dbfk@dbfk.de  
www.dbfk.de

## **2.6 AWO: Erstmals sind Informationen zur Pflege in Leichter Sprache erhältlich**

[nach oben](#) ↑

### **Erstmals sind Informationen zur Pflege in Leichter Sprache erhältlich**

Berlin, 02. Mai 2014. „Es ist dringend nötig, dass Informationen zu zentralen sozialen Bereichen für alle verständlich gemacht werden. Deshalb informiert die AWO jetzt auch zur Pflege in Leichter Sprache“, erklärt das AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker. Seit heute sind die entsprechenden Informationsblätter erhältlich. Hier finden sich von den Leistungen der Pflegeversicherung bis zur Hilfe bei ihrer Beantragung zahlreiche unterstützende Informationen. Mit ihrer Hilfe können folgende Fragen leicht beantwortet werden:

- Wie erhalte ich Leistungen der Pflegeversicherung?
- Wer unterstützt mich bei der Pflege, wenn ich Urlaub brauche?

- Wie sind Beruf und Pflege zu vereinbaren?
- Wie unterstützt die Pflegeversicherung die Pflege zu Hause?

„Nach wie vor gibt es für Menschen mit Behinderungen unterschiedliche Barrieren im Alltag. Die AWO will diese konsequent abbauen und die Teilhabechancen am Leben für alle Menschen verbessern“, unterstreicht das Vorstandsmitglied. Jetzt können sich beispielweise Menschen mit geringeren Lesefähigkeiten unabhängig informieren.

Die AWO Pflegeberatung und das AWO Büro Leichte Sprache haben die Informationsblätter gemeinsam erstellt. Die AWO bietet pflegenden Angehörigen kostenlose Beratung an. Informationen finden Sie unter: [www.awo-pflegeberatung.de](http://www.awo-pflegeberatung.de) oder [www.awo-pflegeberatung-online.de](http://www.awo-pflegeberatung-online.de)

Leichte Sprache bietet Menschen mit geringen Lesefähigkeiten die Möglichkeit, sich unabhängig und selbstbestimmt zu informieren und sich eine Meinung zu bilden. Informationen zum Büro Leichte Sprache finden Sie unter: [www.leichtesprache.awo.org](http://www.leichtesprache.awo.org)  
Alle Informationsblätter finden Sie im AWO [Informationsservice](#).

Kontakt

AWO Bundesverband

Tel. 030/26309222

E-Mail: [presse@awo.org](mailto:presse@awo.org)

## 2.7 SoVD: Pflegebedürftige brauchen umfassende Beratung und Unterstützung

[nach oben](#) ↑

### Pflegebedürftige brauchen umfassende Beratung und Unterstützung

Wenn Menschen pflegebedürftig werden, dann muss die Pflege oft Hals über Kopf organisiert werden. Umfassende qualifizierte Beratung ist dabei entscheidend. „In der Praxis sieht das aber ganz anders aus: Das Beratungsangebot ist uneinheitlich und unübersichtlich. Viele Betroffene wissen nicht, wo sie welche Unterstützung finden können. Individuelles Fallmanagement, das den Bedarf der Pflegebedürftigen qualifiziert ermittelt und sie auch aktiv dabei unterstützt, die notwendigen Leistungen und Mittel zu bekommen, findet in der Regel nicht statt“, kritisiert Renate Falk, 2. Landesvorsitzende des SoVD NRW, bei der Vorstellung des Positionspapiers „Für eine bedarfsgerechte Pflegeberatung“ in der Landespressekonferenz.

Der SoVD bemängelt zudem, dass die Pflegeberatung weit überwiegend von Leistungserbringern oder Kostenträgern geleistet wird. Dadurch bestehe die Gefahr, dass sachfremde wirtschaftliche Erwägungen die Beratung beeinflussen.

Der SoVD fordert ein qualifiziertes Beratungsangebot, das allein den Interessen der Pflegebedürftigen verpflichtet ist. „Die Landesregierung muss mit ihren Rahmenvereinbarungen nach § 6 des neuen Alten- und Pflegegesetzes landesweite Qualitätsstandards für eine gleichwertige und unabhängige Beratungsstruktur setzen. Das individuelle Fallmanagement muss umgesetzt werden“, fordert Falk. Zudem sollen Belange pflegender Angehöriger stärker in die Beratung einbezogen werden, zum Beispiel Informationen über berufliche Freistellungsmöglichkeiten. Die Angebote müssen dezentral, quartiersbezogen organisiert und barrierefrei sein.

Mit Blick auf die Versorgung in kleinen Gemeinden in ländlichen Regionen regt der SoVD außerdem die Erprobung internetgestützter Bildtelefonie an. „Letzten Endes kommt es entscheidend darauf an, die Finanzierung eines solchen umfassenden Beratungsangebotes sicherzustellen. Hier sehen wir auch das Land Nordrhein-Westfalen in der Pflicht, seinen Teil dazu beizutragen“, sagt Renate Falk.

Hintergrund zum § 6 des Alten- und Pflegegesetzes:

Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter will künftig Rahmenvereinbarungen mit den Beratungsanbietern abschließen, in denen geregelt werden soll, wie die örtlichen Beratungsangebote auszugestaltet sind. An den



Rahmenvereinbarungen sollen sich unter anderem die Kreise und kreisfreien Städte, die Landschaftsverbände und die Pflegekassen beteiligen. Dieses Vorhaben soll in § 6 des neuen Alten- und Pflegegesetz (APG NRW) geregelt werden. Das APG NRW soll das bisherige Landespflegegesetz ersetzen.

Hier geht es zum [Positionspapier](#).

## 2.8 ver.di fordert nachhaltige Pflegereform: Statt Vorsorgefonds besser in Altenpflegeausbildung investieren

[nach oben](#) ↑

### 28. April 2014 - ver.di fordert nachhaltige Pflegereform: Statt Vorsorgefonds besser in Altenpflegeausbildung investieren

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) drängt auf eine bessere Finanzierung der Ausbildung in der Altenpflege. Anlässlich der am Dienstag stattfindenden Verbändeanhörung im Bundesgesundheitsministerium zur geplanten Pflegereform fordert ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler, anstelle eines Vorsorgefonds besser in Ausbildung zu investieren. „Das ist nachhaltig und generationengerecht“, sagte Bühler. Angesichts der prognostizierten Zunahme der Pflegebedürftigen um mehr als eine Million auf dann 3,5 Millionen im Jahr 2030 müssten jährlich rund 10.000 Auszubildende mehr als bisher für die Altenpflege gewonnen werden. „Wir müssen heute anfangen, die Ausbildungshemmnisse zu beseitigen“, sagte Bühler. „Es nützt nichts, wenn wir 2035 Geld auf der hohen Kante haben, aber die Arbeitskräfte fehlen und der Ausbildungsmarkt leergefegt ist.“

Vor allem das in rund der Hälfte der Bundesländer zu zahlende Schulgeld schrecke viele Schulabgänger ab, den Beruf zu ergreifen. Zudem halten sich viele Pflegeeinrichtungen beim Angebot von Ausbildungsplätzen zurück. Während die Kosten in der Gesundheits- und Krankenpflege von den Krankenkassen finanziert werden, müssen Pflegeheime ihre Ausbildungskosten zumeist den Bewohnerinnen in Rechnung stellen. Dadurch sind sie teurer als Heime ohne Ausbildungsplätze und erleiden einen Wettbewerbsnachteil. Nur in drei Bundesländern werden die Ausbildungskosten auf sämtliche Einrichtungen umgelegt.

Der von der Regierung geplante Pflegevorsorgefonds bei der Bundesbank, in den zwischen 2015 und 2035 0,1 Beitragssatzpunkte aus der Pflegeversicherung fließen sollen, ist in der Fachöffentlichkeit breit kritisiert worden. Bühler will Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe davon überzeugen, dass eine Investition in Ausbildung für die Pflegebedürftigen, deren Angehörige, die beruflich Pflegenden und für die Beitragszahler die bessere Alternative ist.

Die 0,1 Beitragssatzpunkte könnten genutzt werden, um zusätzliche Ausbildungsplätze zu finanzieren, betonte Bühler. Damit könnten auch dem heute schon bestehenden Fachkräftemangel wirksam begegnet und die Arbeitsbedingungen insgesamt verbessert werden. Und schließlich würden mit diesen Geldern mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen, als in jeder anderen Branche. Auch weitere Reformvorhaben, wie die dringend erforderliche Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, erforderten mehr Fachkräfte. Die von der Bundesregierung geplante gemeinsame Ausbildung aller Pflegeberufe lasse sich nur dann realisieren, wenn die Finanzierungsgrundlagen in der Altenpflege denen in der Krankenpflege angeglichen würden.

V.i.S.d.P.:  
Jan Jurczyk  
ver.di-Bundesvorstand  
Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin  
Tel.: 030/6956-1011  
und -1012  
Fax: 030/6956-3001  
E-Mail:

## 2.9 AWO: 20 Jahre Pflegeversicherung: Viel zu tun

[nach oben](#) ↑

### 20 Jahre Pflegeversicherung: Viel zu tun

Berlin, 22. April 2014.

„Zweifelloos war es ein sozialpolitischer Meilenstein 1994 die Soziale Pflegeversicherung als fünfte Säule der Sozialversicherung in Deutschland zu implementieren. Die heutigen Herausforderungen zeigen zugleich: Pflege ist ein elementarer Bestandteil für ein funktionierendes Gemeinwesen“, erklärt AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker. Wenn heute die Pflegeversicherung ihren 20. Jahrestag begeht, ist es wichtig zu betonen, dass die Arbeiterwohlfahrt ein deutliches Engagement im Bereich der Pflege von der Politik einfordert. Denn die demografische Entwicklung sowie die Veränderungen im privaten Bereich der Menschen erfordern eine entschiedene und zukunftsfähige Pflegepolitik.

„Der Bedarf an Pflege ist heutzutage immens, da ist es wichtig, dass trotz steigender Anzahl an Pflegebedürftigen nicht der Blick für den einzelnen Menschen verloren geht. Die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs ist deshalb umso dringlicher“, unterstreicht das Vorstandsmitglied. Dieser sieht vor, dass realistische und gerechte individuelle Pflegebedarfe ermittelt werden, die dann mit entsprechenden Leistungen zu hinterlegen sind. Dabei ist verständlicherweise die Finanzierung der Pflegeversicherung ein wichtiger Baustein. „Die AWO fordert die Einführung eines nachhaltigen, solidarischen und generationengerechten Finanzierungssystems für die Pflege. Das ist nur mit der Pflege-Bürgerversicherung zu haben“, hebt Döcker hervor.

Die rigide Trennung zwischen gesetzlicher und privater Kranken- und Pflegeversicherung ist einmalig in Europa und durch keine sachlichen Kriterien zu rechtfertigen. Eine Bürgerversicherung ist gerechter als die derzeitige Beitragsfinanzierung, weil sie die Finanzierung von Kranken- und Pflegeversicherung konsequent am Grundsatz der Leistungsfähigkeit eines jeden Bürgers orientiert. „Wenn die Zukunft der Pflege solidarisch und gerecht gestaltet werden soll, ist die Einführung der Pflege-Bürgerversicherung der einzig gangbare Weg“, sagt Döcker. Neben dem Reformbedarf hinsichtlich des Pflegebedürftigkeitsbegriffs und einer nachhaltigen Finanzierung ist es weiterhin notwendig den Sozialraum, als Ort an dem Pflege stattfindet, wieder stärker in den Fokus zu rücken. „Der Wunsch der Mehrzahl der Menschen zu Hause alt werden zu können, muss als Grundsatz für die kommunale Verantwortung bei der Planung und Gestaltung der dazu notwendigen Dienstleistungen und Hilfen gelten. Das muss auch soziale Teilhabe als Menschenrecht umfassen“, schließt Döcker ab.

Kontakt

AWO Bundesverband  
Tel. 030/26309222  
E-Mail: [presse@awo.org](mailto:presse@awo.org)

## 2.10 AWO Pflege-SH und SoVD-SH zur Einführung der Pflegeversicherung vor 20 Jahren

[nach oben](#) ↑

### „Zahlreiche Pflegebedürftige auf Sozialleistungen angewiesen“ AWO und SoVD fordern solidarische Bürgerpflegeversicherung

Kiel, 17. April 2014 - Anlässlich der Verabschiedung der Pflegeversicherung im Deutschen Bundestag vor zwanzig Jahren am 22. April 1994 die AWO Pflege Schleswig-Holstein und der SoVD Landesverband Schleswig-Holstein eine Stabilisierung der Finanzierung der Pflegeversicherung durch die Einführung einer solidarischen Bürgerpflegeversicherung, in die schrittweise alle Bürgerinnen und Bürger einzahlen. „Nur so können die strukturellen Schwächen des derzeitigen Systems durch ein zukunftsorientiertes und tragfähiges Modell ersetzt werden. Dadurch kann dann auch eine qualitativ gute Pflege bei der zu erwartenden Zunahme an Pflegebedürftigen erreicht werden.“, erklärt Sven Picker,

Landesvorsitzender des SoVD.

Jeder kann pflegebedürftig werden – jederzeit. Und das Risiko der Pflegebedürftigkeit steigt mit zunehmendem Alter. Bereits heute erhalten über 2,5 Millionen Menschen Leistungen der Pflegeversicherung. „Diese reichen jedoch bei weitem nicht aus, um die Pflegekosten zu decken“, erklärt Michael Selck, Landesgeschäftsführer der AWO Schleswig-Holstein : „Schon jetzt sind in unseren Einrichtungen zahlreiche Menschen auf zusätzliche Sozialleistungen angewiesen, da die derzeitigen Zuschüsse der Pflegekasse den pflegebedingten Bedarf nur teilweise abdecken.“ Bundesweit sind es 40 Prozent der Pflegebedürftigen. „Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, und dann im Alter auf Sozialhilfe oder darauf angewiesen sind, dass ihre Angehörigen für die restlichen Kosten aufkommen.“

„Dies zu verhindern und ein gutes Leben mit Pflege auch im Alter zu gewährleisten muss unser gemeinsames Ziel sein. Gute Pflege regelt sich nicht über den Markt, sondern nur über einen gemeinsamen gesellschaftlichen Willen und dafür brauchen wir eine wirklich soziale (und solidarische) Versicherung - eine tragfähige Bürger-Pflegeversicherung , die bei der Beitragserhebung auch andere Einkommensarten wie Zinsen, Pachten oder Mieten einbezieht und zugleich die paritätische Finanzierung durch die Arbeitnehmer und Arbeitgeber beibehält“, fordert deshalb auch Uwe Braun, Unternehmensbereichsleiter Pflege bei der AWO.

Hintergrund:


Im Jahr 1994 wurde mit der Verabschiedung der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) durch den Bundestag die fünfte Säule der Sozialversicherung in Deutschland etabliert. Vorangegangen war eine zwei Jahrzehnte andauernde Diskussion um die Situation der Pflegebedürftigen, die Folgen des demografischen Wandels sowie die finanzielle Belastung der Kommunen im Zusammenhang mit der Pflege.

In Kraft trat die Pflegeversicherung dann in einem zweistufigen Verfahren: Zunächst in einer ersten Stufe (mit Wirkung vom 1.4.1995) mit der Übernahme von Leistungen für ambulante und teilstationäre Pflege (1996 knapp 1,2 Millionen Empfänger, 2013 knapp 1,8 Millionen), dann in einer zweiten Stufe (mit Wirkung vom 1. Juli 1996) mit der Ausweitung des Versicherungsschutzes auf damals rund 480.000 (heute sind es knapp 800.000) Altenheim- und Pflegeheimbewohner.

Die Zahl der Pflegebedürftigen wird in Schleswig-Holstein bis 2025 voraussichtlich allein als Folge der Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur um gut 40 % zunehmen. Bis 2050 dürfte sich die Zahl fast verdoppeln.

Knapp die Hälfte der Pflegebedürftigen in Privathaushalten ist 80 Jahre und älter. Das Durchschnittsalter liegt bei 71,9 Jahren. 58 % der ab 90-Jährigen sind pflegebedürftig. Bei 27 Prozent der im Jahr 2009 neu begutachteten häuslich betreuten Pflegebedürftigen hat der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) eine erheblich eingeschränkte Alltagskompetenz festgestellt. Mehr als die Hälfte der Pflegebedürftigen benötigen mindestens ab und an in der Woche pflegerische Hilfen während der Nacht, 29 % erhalten so gut wie jede Nacht Unterstützung.

## 2.11 Diakonie: Einführung der Pflegeversicherung vor 20 Jahren hat Altenpflege einen Entwicklungsschub gegeben

[nach oben](#) 

16.04.2014 - "Die Einführung der Pflegeversicherung vor zwanzig Jahren hat der Altenpflege in Deutschland einen enormen Entwicklungsschub gegeben", sagt Diakonie-Präsident Johannes Stockmeier am Mittwoch in Berlin.

"Die ambulante Pflege erreicht heute viel mehr pflegebedürftige Menschen als vor zwei Jahrzehnten. Und im stationären Bereich liegen zwischen den heutigen Wohnangeboten für pflegebedürftige Menschen und den Pflegeheimen der 1970er und 80er Jahre Welten".

Die Politik habe rechtzeitig erkannt, dass Pflegebedürftigkeit in einer Gesellschaft des langen Lebens ein eigenständiges Lebensrisiko sei. Allerdings habe die Politik das Thema anschließend zu lange vernachlässigt und den entstehenden Pflegesektor unter großen ökonomischen und gesellschaftlichen Druck gesetzt. "Die Leistungen der Pflegeversicherung

sind heute zwanzig bis fünfundzwanzig Prozent weniger wert als 1995 und in der anstehenden Pflegereform ist nur eine Steigerung um vier Prozent vorgesehen. Das ist zu wenig - die finanzielle Belastung, die die Versicherten selbst tragen müssen, ist für viele zu hoch", sagt Stockmeier. Vielen Menschen sei gar nicht bewusst, dass die Pflegeversicherung nur einen Teil der finanziellen Last der Pflege trage.

"Pflege ist in einer Gesellschaft des langen Lebens aufwändiger, als die Gesellschaft es bislang wahrhaben will. Mit der Pflegeversicherung haben wir in Deutschland eine Lernchance schon früher ergriffen als manche Nachbarländer," sagt der Diakonie-Präsident: "Wir wissen sehr viel genauer als vor zwanzig Jahren, was pflegebedürftige Menschen brauchen und was ihre Lebensqualität verbessert."

Hintergrund: Vor zwanzig Jahren, am 22. April 1994, wurde die Pflegeversicherung durch Beschluss des Deutschen Bundestages als fünfte Säule der Sozialversicherung eingeführt. Älteren Menschen sollte im Fall der Pflegebedürftigkeit der Gang zum Sozialamt erspart bleiben.

Für Rückfragen und weitere Informationen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.  
Ute Burbach-Tasso, Pressesprecherin

## 2.12 Volkssolidarität: Bessere und einheitliche Ausbildung in der Pflege notwendig

[nach oben](#) ↑

### Bessere und einheitliche Ausbildung in der Pflege notwendig

„Die Volkssolidarität fordert die Politik auf, eine umfassende Pflegereform auf den Weg zu bringen. Sie soll eine Pflegeberufe-Reform beinhalten, die zeitnah innerhalb dieser Legislaturperiode umgesetzt wird.“ Das gehört zu den „Positionen der Volkssolidarität zur Verbesserung der Ausbildung in der Pflege und Einführung einer Pflegeberufe-Reform“, die der Bundesvorstand des Verbandes Anfang April verabschiedete.

Gerade in der Pflege seien gut ausgebildete Fachkräfte notwendig. "Pflegefachkräfte sind heute mehr denn je gefordert, sich den Herausforderungen des demografischen Wandels zu stellen und der damit verbundenen Vielfalt im pflegfachlichen Handeln gerecht zu werden."

In dem Material wird ausführlich beschrieben, welche Anforderungen an eine verbesserte Ausbildung in der Pflege gestellt werden: "Eine moderne Pflegeausbildung sollte auf einer für alle Auszubildenden einheitlichen Basisausbildung beruhen." Diese solle zwei Jahre dauern und darauf aufbauend eine spezialisierte Fachausbildung folgend, "beispielsweise in der Altenpflege, Kinderkrankenpflege oder Krankenpflege". Das soll u.a. das Image des Pflegeberufes verbessern helfen, ebenso die Qualifizierung und die Vergütung der Fachkräfte. Zugleich hofft der Verband, auf diese Weise auch beitragen zu können, den Fachkräftemangel in der Pflege abzubauen.

"Die Volkssolidarität empfiehlt, bundesweit vereinheitlichte Curricula zu entwickeln, damit Auszubildende innerhalb Deutschlands den Ausbildungsstandort wechseln können", heißt es weiter in dem Material. Es sei zudem im Rahmen der Pflegeberufe-Reform notwendig, die Berufsbezeichnungen an die Spezialisierungen anzupassen sowie die akademischen Berufsabschlüsse der Pflegewissenschaft bundesweit zu vereinheitlichen.

Der Verband setzt sich dafür ein, die Ausbildung im Rahmen eines Umlageverfahrens zu finanzieren: "Die gesetzliche und private Kranken- und Pflegeversicherung sowie Bund und Länder sollen gemeinsam die Kosten der Pflegeausbildung tragen." So könnten Ausbildungsgebühren vermieden werden. Außerdem setzt sich die Volkssolidarität in den "Positionen" für einen bundesweit einheitlichen Mindestlohn in der Pflege ein, um den Lohnrückstand Ost zu überwinden.

[Hier](#) können Sie die Positionen als PDF-Datei herunterladen.

### III. Veranstaltungen und Termine

[nach oben](#) ↑

#### 3.1 Anfeuern beim Bundestagslauf: Auch das Bündnis für gute Pflege nimmt teil am 25. Juni 2014!

[nach oben](#) ↑

Das Bündnis für gute Pflege wird sich am Bundestagslauf beteiligen. Der Startschuss fällt am Mittwoch, den 25. Juni 2014, zwischen 12 Uhr und 12.30 Uhr.

Kommen Sie vorbei und feuern die Läuferinnen und Läufer des Bündnisses für gute Pflege an!

Mehr Informationen zum Bundestagslauf finden Sie [hier](#).

#### 3.2 SoVD veranstaltet am 28. Juni 2014 auf dem Tempelhofer Feld den Inklusionslauf 2014.

[nach oben](#) ↑

##### Inklusionslauf 2014

Der SoVD-Inklusionslauf 2014 ist eine Bewegungs- und Sportveranstaltung auf dem ehemaligen Flughafengelände Tempelhof, dem Tempelhofer Feld. Er soll eine Kombination aus verschiedenen Wettbewerben für Menschen mit und ohne Behinderung werden. Die Veranstaltung ist für 750 Teilnehmer konzipiert und steht allen Interessierten, insbesondere behindertensportlich Aktiven aus Verbänden und Initiativen bundesweit offen. Gemäß dem Motto: „Gemeinsam aktiv für die gute Sache“ sollen alle sporadisch und individuell sporttreibende Menschen angesprochen werden. Im Falle, dass Erlöse erwirtschaftet werden, gehen diese zu Gunsten eines Projektes mit inklusiver Idee. Teilnehmen kann jeder, der Spaß, Freude und Wohlwollen an der Bewegung hat und auf seine individuelle Weise laufen oder fahren kann. Demzufolge gibt es bei keinem der anstehenden Läufe Zeitbegrenzungen. Der Spaß am sportlichen Miteinander soll immer im Focus der Veranstaltung stehen. Aber auch ambitionierte Läufer, die Ihre Leistungsfähigkeit über 5 und 10 Kilometer testen möchten, sind herzlich eingeladen mitzulaufen. Die Firma DAVENGO wird eine exakte Zeitmessung gewährleisten. Wertungsklassen wird es jedoch nicht geben. Jeder Teilnehmer kann sein Ergebnis im Nachgang der Veranstaltung in einer offenen Ergebnisliste abrufen. Wir freuen uns auf viele Teilnehmer und Besucher und wünschen uns allen einen schönen und erfolgreichen sportlichen Tag! Jeder ist herzlich willkommen. Wir freuen uns auf Sie! [Weitere Infos zum Inklusionslauf.](#)

##### Weiterempfehlen

Wenn Ihnen die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege gefallen, empfehlen Sie sie doch weiter.

##### Wichtig

Damit die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege in Zukunft zuverlässig in Ihrem Postfach ankommt und nicht durch einen Filter in den Spam-Ordner einsortiert oder gelöscht wird, nehmen Sie bitte die Absenderadresse dieser E-Mail ([annika.lange@diakonie.de](mailto:annika.lange@diakonie.de)) in Ihr persönliches Adressbuch auf.

##### Impressum

Diakonie Deutschland - Evangelischer

##### Abmelden

Falls Sie keine weiteren Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege erhalten wollen, können Sie den Bezug hier beenden. [Kurzinformationen abbestellen](#)

##### Redaktion

Bei inhaltlichen Fragen wenden Sie sich bitte an Dr. Annika Lange ([annika.lange@diakonie.de](mailto:annika.lange@diakonie.de)).

Das Werk wird durch den Vorstand vertreten.

Bundesverband  
Evangelisches Werk für Diakonie und  
Entwicklung e.V.  
Projekt: Bündnis für gute Pflege  
Caroline-Michaelis-Str. 1  
10115 Berlin

Telefon: 030 65211-0  
Fax: 030 65211-3333  
E-Mail: [stephan.roeger@diakonie.de](mailto:stephan.roeger@diakonie.de)  
Web: [www.diakonie.de](http://www.diakonie.de)

Jeweils zwei Mitglieder des Vorstandes  
vertreten das Evangelische Werk für Diakonie  
und Entwicklung e.V. im Rechtsverkehr  
gemeinsam.

Registergericht:

Amtsgericht Berlin-Charlottenburg,  
Vereinsregister 31924 B  
USt-IdNr.: DE 147801862

Er besteht aus folgenden Mitgliedern:

Vorsitzender  
Präsident OKR Johannes Stockmeier

stellvertretende Vorsitzende  
Präsidentin Cornelia Füllkrug-Weitzel

Dr. Jörg Kruttschnitt  
Maria Loheide  
Tilman Henke  
Prof. Dr. Claudia Warning